

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 16452.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhager, gasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M. durch die Post bezogen 5 M. — Interessenten für die Petitzeile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermitteilt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen

1887.

## Verfassungsänderung in Mexiko.

Eine auch das Ausland, vor allen anderen Nationen aber die Vereinigten Staaten interessirende Angelegenheit ist, so schreibt die „N.Y. H.-B.“ am 29. April, die geplante Änderung der Verfassung der Republik Mexiko in Bezug auf die Wiederwahl eines im Amt befindlichen Präsidenten. Die Constitution jenes Landes verbietet nämlich, daß ein Bürger zwei auf einander folgende Terme hindurch das Amt eines Präsidenten der Republik bekleiden darf. Da nun unter den Anhängern des gegenwärtigen Präsidenten Porfirio Diaz, welche sehr zahlreich sind, der Wunsch vorherrscht, denselben nach Ablauf seines gegenwärtigen Amtstermines an der Spitze des Landes zu erhalten, hat das Haus des Congresses ein Amendment zur Constitution angenommen, welches die Wiederwahl eines Präsidenten vor Ablauf seines ersten Amtstermines zu einem zweiten solchen Termin gestattet. Da das Haus das betreffende Amendment mit großer Majorität passirt hat, wird auch der Senat dasselbe annehmen, und daß diese Verfassungsänderung, wenn dieselbe, wie gleichzeitig vorgeschrieben, den einzelnen Staaten zur Begutachtung unterbreitet wird, von denselben ratifiziert werden wird, kann, nach Ansicht von Leuten, welche die mexikanischen Verhältnisse kennen, keinem Zweifel unterliegen, da Diaz eines Teils bei der Bevölkerung im allgemeinen sehr populär ist und es anderertheils den Mexikanern, namentlich denjenigen, welche weiter entfernt von der Hauptstadt leben, im großen Ganzen ziemlich gleichgültig ist, wer den Präsidentenstuhl einnimmt.

Gesetzt den Fall übrigens, daß es den Anhängern Diaz' gelingt, die angestrebte Verfassungsänderung durchzuführen, so bleibt es noch immer fraglich, ob der Präsident mit einer Wiederwahl einverstanden sein würde. Vor einigen Tagen soll Herr Diaz wiederholt offiziell erklärt haben, daß er unter keinen Umständen als Kandidat für einen zweiten Amtstermin auftreten würde und daß er eine Wiederwahl durchaus nicht wünsche. Diese Erklärung steht in Uebereinstimmung mit einer gleichlautenden, welche Diaz im Jahre 1879 in einer Botschaft an den Congress gemacht, als nämlich seitens der Legislatur des Staats Morelos dasselbe Amendment zur Verfassung, von welchem jetzt die Rede ist, in Vorschlag gebracht worden war. Es bleibt aber zu erwarten, ob Herr Diaz an dem von ihm ausgesprochenen Prinzip festhalten würde, wenn er sähe, daß der überwiegend größte Theil der Bevölkerung sein Verbleiben an der Spitze der Regierung wünscht. Für Mexiko selbst könnte die Fortsetzung der Administration Diaz' nur von Vortheil sein, denn der letztere hat bekanntlich außerordentlich viel zur Verbesserung der finanziellen Lage der Republik und zur Hebung von Handel und Industrie gethan. Wie uns indessen von gut unterschreiter Seite versichert wird, soll sich Porfirio Diaz' wirklich nichts aus einer Verlängerung seines Amtstermins machen. Denn im Falle er eine Wiederwahl einstlich ablehnen sollte, würde sein Schwiegervater, Romero Rubio, der gegenwärtige Premierminister, zu seinem Nachfolger erwählt werden, und, wenn dies geschehe, würde Diaz die „power behind the throne“bleiben, d. h. es würde seines der Regierung nach wie vor nichts ohne seine Zustimmung geschehen können. Nach Ablauf des Rubios Amtstermins könnte dann Diaz, sofern er dies wollte, mit Leichtigkeit wiederum zum Präsidenten gewählt werden, da er bei seiner außerordentlichen Popularität jeden Gegencandidaten aus dem Felde schlagen würde. Man darf jedenfalls gespannt auf die Entwicklung der Angelegenheit sein.

So die Sachlage vor 14 Tagen. Heute gibt uns nun aus Mexico die nachstehende telegraphische

Meldung zu: Die Deputirtenkammer und der Senat beschlossen mit großer Majorität die Verfassungsänderung, welche eine Wiederwahl des Präsidenten und der Gouverneure der Staaten für zulässig erklärt. Die Anhänger des jetzigen Präsidenten haben also ihren Willen durchgesetzt.

## Bennigsen über den Getreidezoll.

Die Erhöhungen der Getreidezölle, welche jetzt von agrarischer Seite angestrebt werden, stehen in schrofsem Widerspruch mit den Anschauungen, welche zuerst bei der Wiederherstellung der Getreidezölle im Jahre 1879 maßgebend gewesen sind. Damals war es nach den Ausführungen der Regierungsvertreter wie der parlamentarischen Wortführer der Schutzpartei gar nicht auf wirkame Schutzzölle für den Getreidebau, sondern nur auf eine Recognition abgesehen, welche die genaue Kontrolle der in Deutschland eingehenden Getreidemengen ermöglichen sollte. Nach der Vorlage des Bundesrats sollte deshalb der Zoll für Weizen auf eine Mark, der Zoll für Roggen nur auf fünfzig Pfennig pro Doppelcentner bemessen werden. Man war also damals in den Kreisen der Regierung wie der Schutzpartei der Ansicht, daß man zwischen der Zollbelastung von 1 M. und von 50 Pf. pro Doppelcentner wohl unterschieden müsse, um nicht das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung, das Brodkorn, ungünstig zu verteuern. Von solchen Erwägungen ist heute überhaupt nicht mehr die Rede. Nach der Petition der ostpreußischen Agrarier soll der Zoll für Weizen auf 8 M., der Zoll für Roggen auf 5 M. festgelegt werden. Die zwischen diesen beiden Sätzen bestehende Differenz wird durchaus nicht durch die Bedürfnisse des Volksconsums, sondern allein durch den verschiedenen Wertstand der beiden Getreidearten begründet. Von anderer Seite wird ein gleichmäßiger Zoll für Weizen und für Roggen verlangt, der nach den demokratischen Ansprüchen der einen Seite auf 6 M., nach den höher gespannten Forderungen anderer auf 8 Mark festzusetzen sein würde. Es ist wichtig, gegenüber solchen Zollansprüchen einmal an die Worte zu erinnern, mit denen vor acht Jahren der Führer der Nationalliberalen, Herr v. Bennigsen, alle ähnlichen Ansprüche der Agrarier für alle Zeiten zurückgewiesen hat. In der Reichstagsitzung vom 6. Mai 1879 erklärte damals der Führer der nationalliberalen Partei, der in Folge seiner schutznördlichen Neuerungen überdies dann mit einem großen Theile seiner Partei in Gegensatz stand, dennoch:

„Man ist noch angeführt worden, daß allgemeine Interesse und die heutige Bedürfnis der Landwirtschaft. Meine Herren, wenn dieses Interesse mit einem wirklichen Schutz soll für die Landwirtschaft in Verbindung gebracht wird, so muß das allerdings im höchsten Grade bedenklich sein. Glauben Sie, meine Herren, daß es möglich ist, in Deutschland Kornzölle auf die Dauer einzuführen, eine ganz wesentliche Verheuerung der Lebensmittelpreise herbeizuführen, daß solche Zölle schlechte Ernte einmal oder zweimal aushalten würden, glauben Sie, daß solche Kornzölle irgend eine politische Complication überleben würden? Mein, meine Herren, ein wirklicher Schutz soll auf Getreide, wenn Sie ihn einführen wollen, wäre von vornherein zum Tode verurtheilt, und es würde nur auf die Umstände und die Gelegenheit ankommen, einige Jahre früher oder später, wenn das Todesurtheil vollzogen würde. Der Schutz, der darin für die Landwirtschaft beginnen soll, ist eine reine Illusion, meine Herren, also deshalb, wenn man von der schwierigen Lage der Landwirtschaft spricht und von den Maßregeln, die man ergreifen muß, dem abzuheulen, kommt man auf ein ganz anderes Gebiet.“

Mit diesen Worten des nationalliberalen Parteiführers ist den gegenwärtigen Vertriebungen der Agrarier durchweg das Urteil gesprochen. Sollte damals für Weizen ein Zoll von 1 M. per Doppelcentner eingeführt werden, so richten sich heute selbst

würde zu nehmen; er verschleuderte auch meine Mittel und verlangte und erhielt zweimal von meinem Vater große Summen, die an und für sich ein Vermögen repräsentierten, aber nicht ausreichten, ihn vor dem tiefsten Fall zu bewahren. Lassen Sie mich von dem Ubrigen schweigen.“

„Hätten Sie diesen Mann nie gesehen!“ rief Barclay in heftiger Empörung. „O, daß es so schwer ist, den Schein von dem Wesen zu trennen.“

Sie sah ihn mit ihrem traurigen Blick an, aus dem aller Glanz geschwunden schien.

„Sie haben recht“, sagte sie, „er blendete mich. Und nicht mich allein. Wenn mir in der Zeit vor meiner Verlobung Zweifel an seiner, an meiner Liebe und unserer Zusammengehörigkeit aufgestiegen wöllten, wenn ich schwankte, ist es mein Vater gewesen, der mich warnte, nicht mein Lebendsglück zu verlieren.“

„Ihr Vater?“

Sie seufzte leise. „Auch er war leider ein Betrüger.“

In Barclay stürzte es. Ein bitteres Gefühl gegen David Lane flog in ihm auf, der, wie er jetzt klar erkannte, seine Tochter durch die Macht seiner Überredung zu ihrer verhängnisvollen Wahl getrieben hatte. Er brauchte Zeit, seine Fassung wiederzugeben.

„Und Sie werfen das verhasste Joch nicht ab?“ fragte er endlich. „Sie nehmen nicht das Recht der Scheidung in Anspruch?“

Sie schauderte erschrockt zusammen.

„Nur das nicht!“, sagte sie abwehrend. „Für eine Frau in meiner Lage existiert nur eine Möglichkeit: die Folgen ihres unbedachten Schrittes mit Würde zu tragen und sie so viel als möglich vor der öffentlichen Zuverberung zu verbergen. Für mich keine neuen gerichtlichen Verhöre, keine ferneren Experimente mit meinem Geschick.“

„Und so gedenken Sie bis an Ihr Lebensende die Kette, die Sie an jenen Mann fesselt, weiter zu schleppen? Eine Kette, die von einem Welttheil zum anderen reicht?“

„Was schadet die Kette, wenn man nicht tanzen will?“ sagte sie mit melancholischem Lächeln.

die mächtigsten Wünsche auf das Schiff, d. h. einen Weizenoss von 8 M.; beim Roggenzoll, der 1879 nur mit 50 Pf. pro Doppelcentner beantragt war, soll vollends bei den niedrigsten Anprüchen eine Erhöhung auf das Schiff (von 50 Pf. auf 5 M.) bei weiter gehenden Forderungen sogar auf das Sechszehnfache eintreten. Was i. J. 1879 von Herrn von Bennigsen für „reine Illusion“ erklärt wurde, soll demnach heute Wirklichkeit werden, und es fragt sich nur noch, ob Herr von Bennigsen und seine Freunde die Hand zur Verwirklichung dieser Illusion bieten werden oder nicht.

## Deutschland.

\* Berlin, 12. Mai. Bei der Berathung der neuen kirchenpolitischen Novelle in der Commission des Herrenbaus wurde an den Herrn Cultusminister aus der Mitte der Commission die Frage gerichtet, ob es für zulässig zu erachten sei, daß die katholischen Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter nicht, wie es jetzt geschieht, in der Sitzung der Gemeindeorgane, sondern in der Kirche durch den Geistlichen in ihr Amt eingeführt und auf ihre Obliegenheiten verpflichtet würden. Der Herr Minister, welcher diese Frage schon damals bejahte, hat nunmehr, wie die „Worl. Allg. B.“ hört, seiner Zusage gemäß, die beheimateten Provinzialbehörden dahin mit Beschluss verfehlt, daß falls in denjenigen Kirchengemeinden, in welchen der Vorstand im Kirchenvorstand auf den Geistlichen übergegangen sei oder übergehen werde, der Wunsch laut werden sollte, daß die Einführung und Verpflichtung der Kirchenvorsteher und Gemeindevertreter in der Kirche erfolge, der Ausführung eines solchen Wunsches von den staatlichen Aufsichtsbehörden ein Hindernis nicht zu bereiten sei.

L. Berlin, 11. Mai. Bei der Berathung des Militärleistungsgesetzes in der Commission des Reichstags wurde nach dem jetzt vorliegenden Bericht von freimaurer Seite — Dr. Baumbach — bezüglich der Frage der Heranziehung der unberührten Subalternoffiziere zu den Relistenbeiträgen bemerkt, daß es unzweckmäßig am wünschenswertesten sei, die Relisten- und Waisenbeiträge ganz fallen zu lassen und dem Staate die ausschließliche Last der Verjüngung der Wittwen und Waisen der Staatsdiener zu übertragen. Die heutige Finanzlage sei jedoch nicht dazu angeban, diesen Gedanken wirklich zur Ausführung zu bringen. Könne man dies aber bezüglich aller Beamten nicht thun, so sei auch die Befreiung der Offiziere bis zum Hauptmann zweiter Klasse nicht statthaft. Diese Ansicht sei schon in den früheren Verhandlungen bei Vorlage der Gesetzesvorlage, welche das gleiche Thema behandelt, zur Geltung gebracht worden. Die Commission hat bekanntlich die Befreiung der Subalternoffiziere von den Beiträgen „bis zur weiteren gesetzlichen Regelung“ beschlossen.

\* [Steuerfrämling.] Die agrarischen Interessen haben niemals eine rückhaltslose Anerkennung gefunden als in der gegenwärtigen deutschen Volksvertretung. Ja, obwohl die Organe des Centrums bei der ersten Veröffentlichung der Vorlage unterstützten, hielt doch die Weltgeschichte auf: „Da hört doch die Weltgeschichte auf“, hielt gestern, bernerkt die „Voss. B.“ am Schlusse einer Versprechung der ersten Leitung der Brauntweinsteuerei, Herr Szmul, Mitglied des Centrums, eine Rede, welche der seltige Herr v. Wedemeyer-Schönrade oder Max Anton Merkowitz nicht agrarischer hätten färben können. Der freimaurige Redner verglich vorgesetzte einzelne Behauptungen der Vorlage mit einem demoralisierenden Lotteriespiel; er gab der Sorge Ausdruck, daß der neue Zustand nur einen Übergang zum Monopol bilden werde. Und im übrigen hat Herr Kamp die Perspektive auf hohe Biersteuer und hohe Weinsteuer, Herr Mäuel auf eine Reform der „directen“ Steuern eröffnet; die Erhöhung der

Er verstand die Bedeutung ihrer Worte und suchte sie zu widerlegen.

„Wie!“ sagte er erstaunt. „Sollte nur der Tänzer ein solches Gewicht schmerlich empfinden? Mich dünkt, sie klirrt auch beim langsamsten Schritt.“

Sie schüttelte verneinend das schöne Haupt.

„Was Gott zusammenfügt, das soll der Mensch nicht scheiden“, entgegnete sie ernsthaft. „In diesem Glauben bin ich aufgewachsen, und mein Vater teilt ihn. Und außerdem“, fügte sie hinzu, da sie seine missbilligende Miene gewahrt, „stehen einer Scheidung auch andere Gründe im Wege. Wer weiß, in welchem Theile der Welt er, dessen Name ich trage, sich aufhält!“

Barclay schwieg. Er mußte seufzend die Richtigkeit des Arguments anerkennen; aber wie ein Vorwurf gegen das Schicksal regte sich in ihm die Klage über die ungerechte Vertheilung der herrlichsten Güter des Lebens.

V.

Mehrere Wochen waren vergangen. In ihnen war Paul Barclay zu dem endgültigen Entschluß gelangt, Keewaydin zum Schatzplatz seiner Thätigkeit zu wählen.

Ein Besuch in Newyork, von dem er vor kurzem zurückgekehrt war, hatte sein Vorhaben zur Reife gebracht.

„Ist es wirklich Ihr Ernst?“ fragte Mrs. Barenden in aufrichtiger Freude. „Es scheint zu schön, als daß es wahr sein könnte!“

Ein Schauer überflogte ihn bei der freudigen Erregung, mit der sie ihren Gefühlen Ausdruck gab; doch er fühlte sich schnell. Er hatte seinen Plan wohl überlegt und glaubte sich bewußt zu sein, daß Floras Anwesenheit in der Stadt ihn nicht beeindrucken würde. In Selbstauskunft besangen, wollte er sich nicht eingestehen, daß seine Sympathie für die einst Geliebte der feine und doch starke Haden war, der ihn vor allem an diesem Orte festhielt. Selbst das zarteste Gewissen hält sich mittler in einem solden Schleier der Verblendung, wenn eine reine und tiefe Neigung sich eines Menschen bemächtigt, der, wie Barclay, sein Herz durch Erfahrung und Temperament für gesetzt hält

Zuckersteuer wird heute vom Bundesrat beschlossen werden; die Erhöhung der Getreidezölle ist angekündigt; hohe Wollzölle werden täglich von den Agrariern verlangt, und — „man weiß nicht, was noch werden mag“, singt der Dichter in dem zu den finanziellen Maigeschenken passenden „Frühlingsliede“.

\* [Über die kirchenpolitische Frage Hessens] wird der „Germ.“ telegraphisch aus Rom gemeldet: „Man versichert, Fürst Isenburg sei officiell von der bessischen Regierung mit prächtigen Instructionen gesandt. Man befürchtet, daß die Dispositionen über die Pfarrverwaltung (soll wohl beißen Pfarrverwaltung) ungünstiger ausfallen als im preußischen Geist. Man sagt, der Großherzog von Hessen selbst zeige großes Interesse, den Klagen seiner katholischen Untertanen abzuheulen.“

\* [Deutsches Generalconsulat in Ägypten.] In dem Statut des auswärtigen Amtes für 1887/88 wurde u. a. vorgeschlagen, das Generalconsul für Ägypten von Alexandria nach Kairo zu verlegen und zu Alexandria nur ein Consulat fortzubauen zu lassen. Demnächst dürfte sich dieser Wechsel vollziehen und damit auch eine Veränderung der Personen an den verschiedenen Orten stattfinden. General-Consul Legationsrat Graf v. Arcos-Vally findet in derselben Eigenschaft nach Kairo über; nach Alexandria wird, wie verlautet, der gegenwärtig im auswärtigen Amt beschäftigte Consul Hellwig, früher in gleicher Eigenschaft zu Port Said in Brasilien, verlegt werden, der bisherige Consul zu Kairo, Dr. Schmidt, wird vorwiegend anderweitig Verwendung finden.

\* [Repressions gegen Russland] wegen der Erhöhung der russischen Eisenzölle empfiehlt die „Kölner B.“, indem sie u. a. schreibt:

Wenn Russland bei der jetzigen Zollerhöhung, wie es schon früher mit Bezug auf die Kohle einfuhr geschehen, den Zollsatz für die Einfuhr auf Land höher festlegt als den für die See-Einfuhr, so ist es offenkundig, daß die ungleiche Behandlung lediglich ihre Spitz gegen Deutschland, gegen die oberst-südliche Eisenindustrie lehrt. Diese Thatache aber gibt zweifellos der deutschen Regierung ein Recht, in genügendem Maße logar die Verpflichtung, sich um die Gründe verschiedenartigen, deutlich-deutschen Verbandung zu kümmern und Gegenmaßregeln zu treffen. Ganz besonders fühlbar würde Russland betroffen, wenn Deutschland die russische Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen (nabey 14 Millionen Mark jährlich, gegenüber einer deutschen Eisen einfuhr nach Russland von etwa 30 Millionen Mark) zu höheren Einfuhrzöllen beranlassen würde als etwa die österreichisch-ungarische. Das deutsche Zolltarifgesetz gibt dagegen ohne weiteres die geeigneten Mittel in die Hand. Darauf können Waren deutscher Herkunft ungünstiger behandelt als diejenigen anderer Staaten, mit einem Bruttogehalt bis zu 30 Prozent des Betrages der tarifmäßigen Eingangsabgabe durch Kaiserliche Verordnung nach Zustimmung des Bundesrats belegt werden. Es steht also jetzt an sich nichts im Wege, vom russischen Weizen und Roggen von jetzt an 1,50 M. für 100 Kilogr. mehr als vom österreichischen zu erheben.

Dem steht doch wohl schon „an sich“ manches im Wege.

\* [Die Bierfabrikanten der Provinzen Schlesien und Bozen] werden am Montag den 16. d. M. eine Versammlung in Breslau abhalten, um zu der neuen Brauweinsteuervorlage Stellung zu nehmen.

\* [Ein Meinedsprospekt gegen Socialdemokraten] begann gestern beim Schwurgericht des Berliner Landgerichts I. Angeklagt waren der Tischler Felix Wittowsky und der Tischlermeister Franz Merkowitz. Den Vorfall des Schwurgerichtshofes führt Landgerichtsdirектор Krause, die Anklage vertritt Staatsanwalt Wagner, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Flatau. Die beiden Angeklagten sind Beugen aus dem Wirsing-Wahlom-Prozeß und Angehörige der socialdemokratischen Partei. Von den Angeklagten ist Wittowsky unverherrathet, Merkowitz dagegen verhérrathet und Vater zweier Kinder, beide sind polnischer Herkunft und Wittowsky war der Schafwirt seines Vaters.

gegen jedes widerrechtliche Gefühl und sich in Folge dessen nur deno gewinnt von ihm umgarne läßt. In der ehrlichen Überzeugung, daß keine Nebengründe ihn bestimmt, legte er Flora auseinander, was ihn dazu bewogen hatte, als Theilhaber in Maxwell's Eigentümern einzutreten.

Hier ist das geeignete Feld, meine Ideen in die That umzusetzen, sagte er. „Mehr als ich habe dich jetzt erkannt, seitdem ich in Newyork gewesen bin. Die ungeheure Stadt ist zu groß für meine beideren Experimente. In Keewaydin darf ich hoffen, mehr Eindruck mit ihnen zu machen.“

Als David Lane von seiner Reise zurückkehrte, fand er den jungen Mann bereits vollständig eingebürgert.

Was soll dies bedeuten?“ fragte er seine Tochter in einem erbitterten Ton, den sie sich nicht zu erklären wußte.

Was es bedeuten soll?“ erwiderte sie erstaunt.

„Ich verstehe Dich nicht, Vater!“

„Was fällt diesem jungen Mann ein, uns durch die ganze Welt zu verfolgen, und sich schließlich hier, an unserem Wohnort, niederzulassen?“

„Und warum sollte er es nicht thun



em Kaiserpaar stattfindenden Soirée sind 120 Einladungen ergangen.

Berlin, 12. Mai. Amtlicher Mittheilung zu folge war heute Mittags ein Brand der Chausseebrücke in Wittenberg ausgebrochen, wodurch beide Gleise der Eisenbahnhänge auf kurze Zeit unsicher wurden, gegen drei Uhr Nachmittags war der Brand gelöscht und ein Gleis wieder fahrbar, so daß der regelmäßige Betrieb wieder aufgenommen werden konnte.

Die „Nordd. Allg. Blg.“ bezeichnet die Anlage, daß die Abberufung des Generalconsuls Arentz (Banzibar) mit einer Klage des Sultans über Arentz bei dem auswärtigen Amt zusammenhänge, als Erfindung. Arentz sei schon länger an einem hartnäckigen Fieber erkrankt, er sei lediglich abberufen worden, weil er das Klima von Banzibar auf die Dauer nicht vertragen könnte.

Frankfurt a. M., 12. Mai. Die Generalversammlung der deutschen Handelsgesellschaft genehmigte heute mit 3482 gegen 97 Stimmen die Anträge der Vertretermänner, womit sich der Aufsichtsrat einverstanden erklärte. Danach übernimmt der Aufsichtsrat die Masse zu 75 Proc. in verzinlichen Raten vom 1. Juli 1887 bis 1. Juli 1889 zahlbar incl. der bereits geleisteten Abschlagszahlung unter Garantie der Herren Kauh-Speyer, Flinsch, Grauer, Kloß, Dr. Kerner und wird den etwaigen Mehrerlös zur Vertheilung bringen.

Wien, 12. Mai. Bei den wiederholten Demonstrationen von Universitätshörern vor der Wohnung des Professors Maassen wurden fünf Studenten verhaftet. Heute werden sämtliche juristischen Vorlesungen unterbleiben. — Eine Studentendeputation begab sich heute zum Rektor, ihm mitzuteilen, daß die Studentenschaft sich entschlossen sei, die Ordnung in der Universität selbst aufrechtzuerhalten und alle Demonstrationen zu vermeiden.

Paris, 12. Mai. Der bekannte Chemiker Bonsignault ist gestorben.

Petersburg, 12. Mai. Wie die „Deutsche Petersburger Zeitung“ vernimmt, sind in der vorigestrigen Sitzung der afghanischen Grenzcommission nur Details von geringerer Bedeutung besprochen. Die Verhandlungen dürften sich länger hinauszögern, da die britischen Delegirten neue Instruktionen erwarten.

### Danzig, 13. Mai.

\* [Saaleland.] Ueber den Stand der Felder in Westpreußen macht das Organ des Centralvereins westpreußischer Landwirthe in seinem heutigen Situationsbericht folgende Mittheilungen. Die Winterlaaten zeigten anfangs ein fast zu geiles Wachsthum; doch ist in der letzten Zeit etwas lühdere Wetter eingetreten und die verschiedenen Gewitter haben meist ausreichende Mengen Feuchtigkeit gebracht. Wir können demnach constatiren, daß die Bevölkerung sich sehr gut und leicht gemacht hat. Dank des rechtzeitig eingetretenen Regens sind alle Sommerungen schön aufgegangen und die Winterungen zeigen meist einen normalen Stand. Die Entwicklung der Kleefelder aber ist in den verschiedenen Gegenden eine sehr von einander abwechselnde. Nur an manchen Orten zeigen dieselben einen genügend dichten Bestand und bei der günstigen Witterung der letzten Wochen eine üppige Entwicklung, oft aber sind sie sehr lühdhaft und weisen große kahle Flecke auf. Hier ist also nur auf einen schwachen Kleefeld zu rechnen und es sind die Aussichten auf die Futterernte dieses Sommers im Ganzen als recht mäßig zu bezeichnen.

M. Stolp, 11. Mai. Wie voranschrezen war, haben unsere Städteverordneten in ihrer heutigen Sitzung den Antrag des Magistrats, nach dem Bescheid des Ministers das Betreiben der Verstaatlichung unseres Gymnasiums eingestellt, angenommen. Der Ministr. hatte in seinem Bescheid nicht nur die Annahme der Verstaatlichung zur dauernden Unterhaltung des mit dem Gymnasium verbundenen Real-Physionomium für unannehmbar erklärt, sondern auch bemerkte, daß nicht einmal eine Verstaatlichung zur Unterhaltung der Anstalt überbaupt, also des Gymnasiums durch den Staat übernommen werden könne. — Eine zweite wichtige Sache betraf die Abänderung der Pensionierungsgrundlage für unsere Gemeindebeamten. Die Stadtverordneten hatten nämlich bei dem Magistrat beantragt, die Pensionierung der Gemeindebeamten fortan nach der Gesetzesvorschrift vom 31. März 1882 stattfinden zu lassen, nach welcher die Säye nach Sechzigstel anstatt wie jetzt nach Achtzigstel berechnet werden. Der Magistrat hatte aber mit 7 gegen 5 Stimmen diesen Antrag abgelehnt, da nach Ansicht der Majorität das alte Verfahren im finanziellen Interesse der Stadt liege, da die Behörden in concreten Fällen ohne Zweifel über den bisherigen Satz hinweggeben könnten. Die Versammlung blieb bei ihrem Beschuße stehen. Zur Einigung in der Sache wurde hier eine gewisse Commission von 4 Mitgliedern gewählt. — An Stelle des Herrn Rendanten Horpe ist der bisherige

Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.

Soeben erschien:

### Schul-Schematismus

der Provinz Westpreussen.

Übersicht. Zusammenstellung sämtl. Schulen der Provinz Westpreussen mit Angabe der Schulorte, Poststationen, der Lehrer u. Lehrerinnen &c. &c. Dreizehnlungen und ein Anhang. Bearbeitet u. herausgegeben von Bernhard Pompeki, Lehrer an der Stadtschule zu Schwerin gr. 8° 15% Bogen. Preis 1.50 A.

### Loose!

Allerlei Ulmer Münsterbau-Lotterie, Hauptgewinn Mark 75 000, a. M. 3,50, Marienburg. Schloßbaulotterie a. M. 3,

Augsburger Pferde-Lotterie a. M. 3, Marienburg Pferde-Lotterie a. M. 3,

an haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Kuranstalt und Pensionat für Hautkrankre. (Strychnin). Erfolgreiche Flechteneur re. Bad Kreuznach. Dr. Hermann.

7075

Dr. Hermann.

Gestern Abend 7½ Uhr wurden durch die Geburt eines gesunden Töchterchens erfreut 1870 Steinhardt und Frau, geb. Soenke. Wos. den 11 Mai 1887.

### Bekanntmachung.

In unser Register zur Eintragung der Auszahlung der Gütergemeinschaft ist heute sub Nr. 452 eingetragen, daß der Kaufmann Carl Julius Sünzer in Danzig für seine Ehe mit Anna Lentz durch Vertrag vom 23 Dezember 1882 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes mit der Maßgabe ausge schlossen hat, daß das von der Brant in die Ehe zu bringende Vermögen, ebenso wie dasjenige, was dieselbe während der Ehe durch Geschäft, Fleischerei oder Glücksspiel übernommen, die Rechte des vertraglich vorgesehenen Vermögens haben soll. Danzig, den 2 Mai 1887. (8968) Königl. Amtsgericht X

### Jwangsvorsteigerung.

Das im Grundbuche von Garthaus Band I, Blatt 12, auf den Namen des Dr. Leo Brusti, sowie der Schwäbische Dachstein, Anna Friede Else, Martha und des Johannes Heinrich Brusti eingetragene Grundstück soll auf Antrag des Dr. Leo Brusti und des Kreisbaumeisters Dankert als Pfleger des minderjährigen Johannes Heinrich Brusti zum Zwecke der Aus einandersetzung unter den Mitgen thümern am 7. Juli 1887.

Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Zimmer Nr. 22 zwangsweise vorsteigert wird.

Das Grundstück ist mit 0,51 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 76 ar 6qm zur Grundsteuer, mit 1038 Mr. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle beauftragte Abfertigung des Grundbuchsblatts, etwaige Abstufungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisen, sowie besondere Kauf bedingungen können in der Gerichts schreiberei, Abteilung III, eingesehen werden.

Dienstjenen, welche das Eigentum d. s. Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Ver steigerungsstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widergen falls nach erfolgtem Aufruf, das Kaufgeld in Bezug auf den Aufbruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urteil über die Erteilung des Bußgelds wird am 8. Juli 1887.

Mittags 12 Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden. Garthaus, den 1. Mai 1887.

Königl. Amtsgericht.

### Concursverfahren.

Über das Vermögen der Bäckermeister Siegfried und Hedwig, geb. Pintus, Holz'iden Eheleute zu Garthaus wird, heute am 9. Mai 1887, Nachmittags 5 Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Der Justizrat Kapff in Garthaus wird zum Concursverwalter ernannt. Concursforderungen sind bis zum 16. Juni 1887 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Befreiung eines Gläubiger Ausflusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände, sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 4. Juni 1887.

Vormittags 10 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 27. Juni 1887.

Vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 22, Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldnern zu verabschieden oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulösen, von dem Besitzer der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum 16. Juni 1887 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Garthaus.

### Beschluß.

Das Concursverfahren über das Vermögen der Handelsfrau Johanna Lindemann zu Kirchen wird in Folge rechtsträchtiger Bestätigung des Anwaltvergleichs aufgehoben. (8933) Garthaus, den 5. Mai 1887. Königl. Amtsgericht.

### Steckbriefs-Erledigung.

Der hinter dem Bäcker Ferdinand Carl Bernfeld unter dem 27. Januar 1887 erlassene Steckbrief ist erledigt. Ebing, den 9. Mai 1887. (8913) Der Erste Staatsanwalt.

### Bekanntmachung.

Von heute ab beträgt bei der Reichsbank der Discont 3 Procent, der Lombardzinssatz für Darlehen gegen ausschließlich die Verpfändung von Schuldscheinen des Reiches oder eines deutschen Staates 3½ Procent, gegen Verpfändung sonstiger Effekten und Waaren 4 Procent. (8944) Berlin, den 11. Mai 1887.

Reichsbank-Directorium.

Das diesjährige Quartal der Müller-Innung

findet am 23. Mai, Mittags 1 Uhr, im Gasthause „Zum Deutschen Kaiser“ in Dirschau statt, wozu eingeladen ist. (8960)

Der Vorstand der Müller-Innung zu Dirschau.

Tagesordnung: Freisprechen der Lehrlinge. Aufnahme neuer Mitglieder. Neuen, Obermeister.

### Bramten-Verein.

Ordentliche Generalversammlung am Montag, den 23. Mai cr.

Abends 7 Uhr, in der großen Saal Loge des Friedr. Wilhelm-Schützenhauses.

Tagessordnung: 1. Geschäftsbericht, Feststellung der Dividende und Deckung der Rechnung von 1886. 2. Erwahlung der Mitglieder des Vorstandes und Wahl der Stellvertreter, sowie der Rechnungs-Kontroll-Kommission. Nach Schluß der Versammlung bei günstigem Wetter Theilnahme der Mitglieder und deren Familien am Concert. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand des Beamten-Vereins. Ans. Regierungsrath.



Es laden nach

### Culm, Thorn u. Wloclawek

bier, sowie in Neuslawiaffer

Dampfer „Thorn“, Capit. Joh. Voigt, bis inkl. 13 d. M.

Dampfer „Fortuna“, Capit. Ad. Greif, bis inkl. 14. d. M.

Dampfer „Neptun“, Capit. A. Geissow, bis inkl. 17. d. M.

zu den billigsten Frachtfären

Dampfer-Gesellschaft „Fortuna“, Schäferei 18. (8969)

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969

8969